

**4 Millionen
neue
Arbeitsplätze
wir sorgen dafür.**



**DIE
REPUBLIKANER**

4.000.000

4.000.000C

4.000.000

4 Millionen Arbeitsplätze – wir sorgen dafür!

Auch wenn die »Berliner Parteien« es noch so sehr bestreiten, am jetzigen finanziellen, wirtschaftlichen Desaster sind sie alle Schuld!

Nicht nur »Rot-Grün« hat das Land heruntergewirtschaftet, sondern auch »Schwarz/Gelb« hat bereits einen desaströsen Haushalt, enorme Staatsverschuldung, ein katastrophales Steuersystem und ein total durchlöchertes Sozialnetz durch falsche Politik hinterlassen.

Nicht zu vergessen, daß die Mauermörderpartei SED/PDS – auch wenn sich die schillernden Paradiesvögel heute anders nennen – sich am Volksvermögen bereichert und Milliarden D-Mark ins Ausland geschafft hat. Das ist der Grund, weshalb wir heute – nach 15 Jahren Wiedervereinigung – noch immer den Solidaritätszuschlag zahlen müssen, um deren Misswirtschaft zu beseitigen.

Deutschland steht im Export nach wie vor in der Rangliste ganz oben.

Um die Wirtschaft anzukurbeln, darf man den Bürgern nicht weiterhin durch noch mehr und noch höhere Steuern und Abgaben das Geld aus der Tasche ziehen, sondern muß dafür sorgen, daß ihnen die Mittel bleiben, damit sie investieren können.

Der Staat – also die politisch verantwortlichen Parteienvertreter in den Parlamenten – hat systematisch alles an sich gerissen und den Bürger allmählich für »unmündig« erklärt.

Jüngstes Beispiel: nicht einmal über die EU-Verfassung durften die Bürger selbst abstimmen.

1. Ankurbelung des Binnenmarktes durch Reinvestition

A. Wir brauchen ein vereinfachtes Steuersystem

Im Laufe der Jahrzehnte wurde lediglich an den Steuern herumlaboriert. Neben den Hauptsteuern: Umsatz-, Körperschafts-, Lohn- und Einkommensteuer gibt es in Deutschland noch viele versteckte Kleinsteuern, die kaum noch jemand überblickt. Da haben wir z. B. Branntwein-, Schaumwein-, Tabak-, Mineralöl-, Versicherungs-, Kapital-, Zucker-, Kaffee-, Tee-, Salz-, Leuchtmittel-, Wechsel-, Öko- oder Gesellschaftssteuer. Daneben gibt es dann noch Landessteuern, wie Vermögen-, Erbschafts-, Grunderwerbs-, Kraftfahrzeug-, Rennwett- und Lotterie- sowie Feuerschutz- und Biersteuer.

Wenn dann davon die Rede ist, daß Deutschland den niedrigsten Mehrwertsteuersatz hätte, dann werden Äpfel mit Birnen verglichen, da andere Länder dieses unübersichtliche Gestrüpp der versteckten Steuern nicht haben.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer – wie es die Union plant – ist genau der falsche Ansatz. Es verhindert wiederum Kaufkraft und belastet vor allem den Personenkreis, der ohnehin bereits besonders stark geschröpft wird, nämlich die Endverbraucher – also die Arbeitnehmer, Rentner, Hartz IV-Bezieher und Sozialhilfeempfänger.

Bekanntlich können Unternehmen die Mehrwertsteuer als Vorsteuer wieder in Abzug bringen.

Das macht deutlich, daß NUR EINE STEUERLICHE ENTLASTUNG der Bevölkerung und der Unternehmen die Wirtschaft und den Umsatz ankurbeln. Da durch ein vereinfachtes Steuersystem eine Unmenge an unnötigem Bürokratismus abgebaut werden kann, führt das darüber hinaus zur Verschlankung des Staatshaushalts und damit zusätzlich noch zu erheblicher Kosteneinsparung.

B. Investitionen müssen sich lohnen

Wir müssen unterscheiden zwischen »aktivem« und »passivem« Kapital.

Nur aktives Kapital schafft Investitionen.

Nur wenn Unternehmer Geld zur Investition haben, schaffen sie Arbeitsplätze!

Nur wenn die Bürger genug Geld in der Tasche haben, können sie »konsumieren«!

Deshalb ist unser Ziel: Steuersenkung für Unternehmer, die die Gewinne **nicht** aus den Unternehmen ziehen, sondern **wieder investieren** (also »aktives Kapital« = Reinvestition) und damit Arbeitsplätze schaffen.

Das gilt natürlich nur dann, wenn das Geld in Deutschland bleibt, hier investiert wird und nicht in Steueroasen verschoben wird.

Wer jedoch den Unternehmen die Gelder entzieht, um lediglich durch Kapitalanlagen – vermutlich noch in ausländischen Fonds – also passives Kapital schafft, um damit große Gewinne zu machen, wird mit dem Höchstsatz besteuert.

Wie kurbelt man den Binnenmarkt an und schafft damit Arbeitsplätze?

Andere Länder haben uns vorgemacht, daß das funktioniert. So z. B. Amerika unter Ronald Reagan oder Neuseeland unter ihrer jetzigen Premierministerin Helen Clark.

Auch in Amerika gab es hunderttausende Firmenzusammenbrüche, verursacht durch ein katastrophales Absinken der Binnennachfrage (Kaufkraftverlust). Eines der wichtigsten Steuerinstrumente – so Reagan – ist über Steuern, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

Einer der Hauptpunkte seines Steuersystems war und ist, daß Unternehmen Gewinne, die sie reinvestieren, im Rahmen von drei Monaten nach Vereinnahmung nicht versteuern müssen. Aber auch die Absenkung der Steuern im Arbeitnehmerbereich war hierbei ein wichtiges Instrument, um den so steuerbaren Binnenmarkt anzuheizen.

Dies brachte den USA bis dato nahezu 9 Millionen neue Arbeitsplätze und eine Sicherung des gesamten Innenwirtschaftsraums. Es folgten Boom-Jahre, die die Steuereinnahmen für den Staat in manchen Bereichen verdoppelten, ja sogar verdreifachten. Das heißt verkürzt: Wer Steuern senkt, kann auch wieder seinen Staatshaushalt durch Mehreinnahmen stabilisieren und sanieren.

Ein weiteres Beispiel ist Neuseeland.

Dieses Land war Anfang der 90er Jahre vor dem Staatsbankrott, worauf innerhalb von 2 Monaten die neu gebildete 2-Parteien-Regierung (Labour und Konservative) die Steuern linear halbierten und Subventionen rigoros strichen. Die Folge war finanztechnisch sensationell. Bereits 3 Jahre später war der Staatshaushalt saniert und ausgeglichen. Die Steuereinnahmen erreichten Rekordhöhe.

Die neuseeländische Währung wurde international wieder optimal bewertet. Die jetzige Premierministerin, Helen Clark, erklärte in einem Interview dem Wallstreet Journal, daß es kein besseres Instrument zur Gesundung einer desolaten Wirtschaft und – damit einhergehend – einer Finanzsaniierung des Staatshaushaltes gäbe, als niedere Steuern.

Also heißt es: Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen – und damit durch Steuereinnahmen die Staatsverschuldung abbauen.

C. Wir brauchen eine Mindeststeuer

Nach dem bisherigen Steuersystem Deutschlands verschieben die sog. »Global-player« – also Unternehmen, die weltweit vertreten sind – ihre Gewinne in steuergünstige Länder, die Verluste lassen sie in Deutschland und somit entfällt die Steuerzahlung auf die hier getätigten Umsätze.

Die Steuerstrategen der Großkonzerne sind auf diesem Gebiet wahre Steuerakrobaten.

Seit Jahren ist festzustellen, daß die Politiker sich von der Wirtschaft – offenbar aus Mangel an Fachkenntnissen – an der Nase herumführen lassen.

Da wir gern nach dem Ausland schießen, werden wir uns also das Ausland zum Vorbild nehmen! Italien z. B. erhebt auf alle im Lande getätigten Umsätze eine Mindeststeuer von 4,25 %. **Was für Italien gut ist, kann für Deutschland nicht schlecht sein!!**

D. Wir brauchen ein Entschuldungsprogramm

Nicht nur die Drittländer, auch die Bundesrepublik Deutschland benötigt dringend ein Entschuldungsprogramm. Es kann nicht länger angehen, daß sich die Banken am Sparer und Steuerbürger bereichern. Wir brauchen ein Zinssenkungsprogramm und einen Tilgungsplan.

Häuslebauer können ein Lied davon singen. Im Laufe von 25 Jahren bei 1 %iger Tilgung haben sie den aufgenommenen Kredit an die Bank 1½ -fach zurückgezahlt. D. h. bei einem aufgenommenen Kredit von 500.000 Euro hat man in 25 Jahren bei einem Zinssatz von 5 % (= 625.000 Euro) an Zinsen gezahlt.

Wenn ein Unternehmer einen Kredit aufnimmt, um Investitionen zu tätigen, muß auch er mit hoher Zinsbelastung arbeiten. Dieses dann über den Umsatz hereinzuarbeiten, belastet die Unternehmen und führt in vielen Fällen zu Insolvenzen, wie wir sie täglich erleben.

Und ebenso verhält es sich bei den Staatsschulden von Theo Waigel und Hans Eichel!

Während der Kleinsparer für sein Sparkonto evtl. 2 bis 2½ % an Zinsen erhält, arbeiten die Banken mit diesem Geld, verleihen es zu Zinssätzen von 5 % für Häuslebauer oder 10 bis 15 % für Konsumentenkredite weiter. Die Differenz jedoch kassieren die Banken.

Fazit: Die Banken sind an dem Niedergang unserer Wirtschaft in großem Maße mit beteiligt! Deshalb sind für Investitionen Niedrigzinsen ein Erfordernis.

2. Wir streichen unsinnige Subventionen

Am Beispiel der Steinkohle läßt sich die Unsinnigkeit von Subventionen am besten erkennen. (Dieses Beispiel ließe sich x-fach auch an anderen Bereichen aufzeigen.)

Eine Tonne Importsteinkohle aus Australien kostet inkl. Transportkosten lediglich 60 % der Förderkosten in Deutschland. D. h. unsere schwerverdienten Steuergroschen werden regelrecht durch den Schornstein gejagt!

Wenn man also die noch verbliebenen 14.000 Arbeitsplätze (von denen fast zwei Drittel der Bergleute Ausländer, vorwiegend Türken, sind) über Abfindungen abbauen würde und jedem Bergmann 200.000 bis 300.000 Euro auszahlte, wäre mit diesem »sozialverträglichen Totalabbau« eine Ersparnis von einer halben Milliarde möglich. Bekanntlich ist dieser Branche bis zum Jahre 2012 von Schröder/Clement eine Subventionszusage über einen zweistelligen Milliardenbetrag gemacht worden.

Die Ausländer könnten sich in ihrem Heimatland als Firmengründer oder als Dauerprivatiers niederlassen.

Oder – wer seine Abfindung auch in unserem Lande investiert, sich selbständig macht oder an einem Unternehmen beteiligt, kommt natürlich dann auch in den Genuß der Steuervergünstigung. (Siehe oben Punkt 1)

3. Schaffung eines Rückführungsgesetzes für die Wiedereingliederung ausländischer Langzeit-Arbeitsloser in ihren jeweiligen Heimatländern

Kein Land leistet sich nur annähernd so viele arbeitslose »Gastarbeiter«. Am Beispiel Berlin zeigt sich deutlich, daß es sich eine Volkswirtschaft auf Dauer nicht leisten kann, daß jeder zweite Türke arbeitslos ist – und das schon seit Jahren. (Das Beispiel ließe sich aber auch auf jede andere Großstadt übertragen!)

Um unsere dringend notwendige Wirtschaftskraft wiederzuerlangen und die Verschuldung des Staates in den Griff zu bekommen, ist eine sozial verträgliche und jedem zumutbare Rückführung in die Heimatländer für Deutschland immens notwendig.

Dabei sind selbstverständlich den Rückkehrenden die erworbenen Rentenanteile auszuführen und es wird ihnen – je nach Aufenthaltslänge und Beschäftigungsdauer in der BRD – ein Wiedereingliederungsgeld (Starthilfe) für die Rückkehr in ihre Heimatländer bezahlt.

Selbst wenn man pro Arbeitslosem und seiner Familie im Schnitt von einem Rückführungsgeld von 100.000 bis 150.000 Euro ausgeht, ist das bereits in einigen Jahren eine Entlastung von zweistelligen Milliardenbeträgen für unseren Finanzhaushalt.

Und als Nebeneffekt können wir uns auch milliardenschwere Gelder in Form von Projekten oder Krediten in die Türkei oder andere Länder sparen, da die Zurückkehrenden mit ihrem Kapital der dortigen Wirtschaft gewaltige Impulse geben können.

Anzumerken ist:

Die Forderung der Republikaner ist seit 20 Jahren, das Schweizer Modell auch bei uns einzuführen – und das ist weder faschistisch noch nationalsozialistisch.

Hätte man vor 20 Jahren auf uns gehört, wäre heute nicht unser soziales System am Ende und wir hätten auch nicht im Gefangenen-Bereich Kosten, die Jahr für Jahr steigen, da heute bereits eine große Anzahl der Gefängnisse mit einer Überzahl von Ausländern und »Deutschen ausländischer Herkunft« (diesen wurde der deutsche Paß von unseren Multi-Kulti-Politikern aufgedrängt) belegt sind.

4. Sofortige Anpassung der Zahlungen an die EU auf das Realitätsniveau

Es ist bekannt, daß Deutschland inzwischen das wirtschaftliche Schlußlicht der Europäischen Union ist. Wir überschreiten inzwischen seit Jahren die Konvergenzkriterien zur Währungssicherung. Frankreich, Italien und andere befinden sich im deutschen Windschatten und treiben ebenfalls ihre unverantwortliche Staatsverschuldung nach oben. Deshalb kann Deutschland nicht länger der Zahlmeister dieser sogenannten Union sein. Die Zahlungen an die EU müssen endlich an die prekäre und desolate Wirtschafts- und Finanzsituation Deutschlands angepaßt werden.

Jeder Staatsmann eines anderen Landes denkt zuerst an seine eigene Bevölkerung und dann an die EU. Nur die deutschen Vertreter erweisen sich ständig als Verräter am eigenen Volk!

Wirtschafts- und währungspolitisch weittragende Entscheidungen müssen bei nationaler Kompetenz bleiben oder dahin zurückgeführt werden. Der verfehlt Subventionswahnsinn der EU führte zu astronomischen und nicht mehr tragbaren Zahlungen bzw. zu ausufernder Wirtschaftskriminalität und Korruption.

Aus Hunderten von Beispielen möchten wir herausgreifen, daß der Weinanbau – trotz gigantischer, nicht verkaufter Überschüsse – weiter gefördert wird. Bei Neumitgliedern – wie Ungarn – werden durch die EU-Subventionen jetzt große Grundflächen für die Erhöhung der Weinproduktion neu angepflanzt.

Zugleich werden Millionen von Hektolitern EU-Weines in billigen Waschalkohol und Reinigungsmittel, etc. umgewandelt und nach Afrika und andere Länder – teilweise unter Transportkostenniveau – verhöckert.

Ähnliches zeigt sich auch am Beispiel von Neumitgliedern, die den bereits hoch subventionierten Tomatenanbau durch Verstärkung ihrer heimischen Anbaukapazität wegen der Subventionen weiter erhöhen. 40 % der Tomatenproduktion wird hoch subventioniert – in Dosen verarbeitet – um sie so entweder als Hilfsgüter weiter zu geben oder in laufenden Sonderangeboten bei unseren heimischen Discountern, teilweise schon ab 19 Cent zu verscherbeln.

Des Weiteren finanzieren wir mit unseren EU-Beiträgen die Arbeitsplatzverlagerungen in Billiglohnländer. Deshalb sind unsere Beiträge zu reduzieren.

So verlagert z. B. ein deutsches Großunternehmen 600 Arbeitsplätze nach Tschechien. Diese Ansiedlung wird – mit den deutschen EU-Beiträgen – im Billiglohnland Tschechien subventioniert. Die Umzugs-, Planungs- und Personalkosten (Abfindungen an die Mitarbeiter) macht das Unternehmen beim deutschen Finanzamt steuerlich geltend. Somit hat Deutschland die Verlagerung der Arbeitsplätze doppelt finanziert und muß dann auch noch die Arbeitslosenkosten der in Deutschland freigesetzten Arbeiter tragen.

Das macht nicht nur die Widersinnigkeit der EU-Subventionen, sondern auch unseres deutschen Steuersystems, deutlich. Das wollen wir ändern. Die Umzugs-, Planungs- und Personalkosten können in Deutschland künftig nicht mehr steuerlich abgesetzt werden!

Viele weitere Beispiele könnten folgen.

5. Sofortige Kündigung der Sozialabkommen mit Drittländern

Unser Sozialnetz ist löchrig, weil zu viele, die nichts zur Solidargemeinschaft beigetragen haben, daran Anteil nehmen können.

So sind z. B. ausländische Familienangehörige – die im Ausland leben – mitversichert. Und hier nicht, wie bei deutschen Familien üblich, Vater, Mutter, Kind, sondern auch Großvater und Großmutter. (Quelle WamS vom 20. 04. 2003/FAZ vom 15. 08. 2003).

Stirbt das in Deutschland arbeitende Familienoberhaupt, tritt an seine Stelle der Bruder und dann ist auch dieser mit seiner gesamten Familie im deutschen Sozialsystem mitversichert, weil diese ein anderes Verständnis von Familie haben.

Dies ist eine sehr ungerechte Behandlung gegenüber deutschen Versicherten.

Mit dieser Praxis sind darüber hinaus auch die Leistungen der Ärzte betroffen.

- Während die Ärzte in Deutschland budgetiert werden und Billigprodukte verschreiben müssen und dies – sollten sie sich nicht daran halten – von ihrem Einkommen einbehalten wird.
- Während deutsche Versicherte beim Arztbesuch eine »Praxisgebühr« zahlen müssen, wird dies in den Fällen der im Ausland behandelnden Ärzte nicht so gehandhabt.

Bis heute kann die Bundesregierung keine Zahlen liefern, um welche Beträge es sich hierbei handelt.

Die »Sozialabkommen«, die z. T. schon in den Jahren 1969–1972 abgeschlossen wurden, sind nicht mehr zeitgerecht und deshalb sofort zu kündigen.

Außerdem liegen uns Zahlen aus dem Bereich von Großkliniken aus Deutschland vor, wo z. B. 1999 die Behandlung von Ausländern bei 37 % der Gesamtpatienten betragen hat. Jetzt freut man sich, daß sich das im Jahr 2004 leicht nach unten revidiert. So dürfen z. B. im Ausland lebende Ehefrauen zur Entbindung nach Deutschland einreisen. Jede Entbindung kostet die Versichertengemeinschaft 2.000 Euro.

Auch hier ist klar darauf zu verweisen, daß verschenkte Staatsbürgerschaften zwar Statistik-Veränderungen herbeiführen, aber keine Kosten mindern.

Kein Land übernimmt derart großzügig Kosten für im Ausland lebende Familienangehörige und vernachlässigt die eigene Bevölkerung.

Allerdings wird der Niedergang Deutschlands nicht von bei uns lebenden Ausländern verursacht, sondern von völlig verblendeten Politikern, die ohne Realitätsbewußtsein das alles verursachten und verursachen. Sie selbst aber statten sich mit prallen Taschen aus.

6. Auflösung der staatlichen Arbeitsagenturen

Die Auflösung der staatlichen Bundesagentur für Arbeit (BA) und deren Untergliederungen erscheint dringend geboten, da sie durch ihren enormen Wasserkopf fast schon ein Drittel der Aufwendungen für sich selbst verbrauchen. Stattdessen müssen über die Schaffung einer Arbeitsförderungssteuerung die Gelder in zweckgebundene Wirtschaftsmaßnahmen gelenkt werden.

Beispiel: Ein Unternehmen, das einen realistisch nachvollziehbaren Investitionskonzeptplan vorlegt und über den Binnenmarkt förderliche Ausdehnung Arbeitsplätze schafft, wird mit zinsfreien Krediten bedient. Diese Kredite wiederum können mit der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose (ältere Arbeitnehmer) je nach Anzahl der Arbeits- oder Ausbildungsplätze getilgt werden.

Das alles – so realistische Berechnungen – wäre eine Ersparnis, würde aber zugleich durch eine direkte Förderung von Arbeitsplätzen die Sozialkassen sanieren und das Steueraufkommen für den Staat durchschlagend erhöhen.

Indirekte Förderungen erzeugen am Beispiel von völlig sinnlosen Umschulungen nur Arbeitspotential, das am Markt vorbeigeht. Der Markt und die Wirtschaft regulieren sich, wenn die Koordinaten stimmen, von selbst.

7. Steuerfreie Gewinnauszahlungen bis zu 10.000 Euro pro Jahr an Arbeitnehmer, die sich durch Lohnverzicht oder persönliche Einlagen an den Reinvestitionskonzepten ihrer Arbeitgeber/Betriebe beteiligen

Um eine florierende Markt- und Binnenwirtschaft zu steuern und Arbeitsplätze durch Miteigentum – aber auch Mitverantwortung – zu sichern, muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß sich Arbeitnehmer über prozentuale Lohnverzichte bei Betrieben in Schwierigkeiten, aber auch Kapital- oder Arbeitszeiteinbringung in Zukunfts- und Arbeits-/Ausbildungsplatz schaffende Betriebskonzepte einbringen.

Dies ist aber nur mit dem Steuerungsmittel möglich, bei Gewinnen, die später entnommen werden, eine Steuerfreiheit aus diesen Geldern bis 10.000 Euro der erzielten Gewinne anzubieten. Das wäre eine wirtschaftliche und zukunftssichernde Maßnahme, die auch – erweitert gesehen – Altersversorgung im persönlichen Bereich sichern kann.

8. Ersetzung des Solidarbeitrags stufenweise durch Schaffung von Freihandelszonen und steuerfreier Investitionsförderung für Investoren (Auslandsinvestoren)

Der Solidarbeitrag, der zur Zeit das Investitionsvermögen der alten Bundesländer und deren Bürger zusätzlich hemmt, kann und muß durch dynamische Steuer- und Wirtschaftspolitik überflüssig gemacht und abgeschafft werden.

Beispiel: Irland – vor 20 Jahren ein zurückgebliebenes Land mit mittelalterlichem Flair. Heute mit EU-Subventionen (reichlicher deutscher Anteil) zu einer selbstbewußten Wirtschaftsnation hochkatapultiert, deren Politiker heute über Finanzzeitschriften unserer Regierung Nachhilfestunden in Sachen Wirtschaftssteuerung geben und öffentlich darüber diskutieren, wie man denn den europäischen Wirtschaftshemmschuh vom »Nachhilfeschüler Deutschland« in die Spur bringen könnte.

Einige Länder vertreten schon längst die Auffassung, daß der Weg, Freihandelszonen und Investitionsklima zu schaffen, wesentlich effizienter ist als über Hartz IV. (Hartz IV stellt im übrigen keine Entlastung dar, sondern treibt die neuen Länder in die Fänge der Alt- und Neu-Kommunisten, die die Mauerorde noch heute als Schutzmaßnahme für das Arbeiter- und Bauernparadies darstellen).

9. Abschaffung der Ökosteuer auf Mineralöle

Bei wirtschaftsgefährdendem, explosionsartigem Anstieg der Rohölkosten (wie zur Zeit) ist eine sofortige Einfrierung der staatlichen Steueraufschläge erforderlich, da kontraproduktiv.

(Beispiel: Steuer pro Liter, ab Einführungszeitpunkt wurden die Verbraucher nur mit dem höheren Rohölpreis belastet)

Auch diese aus Unkenntnis und Dilettantismus entstandene grüne Profilierungssteuer war absolutes Gift für eine bei der Einführung bereits lahmende Wirtschaft und sinkende Binnennachfrage. Dieses und anderes zeigt deutlich, daß es im Lager der Grünen zwar viele »hoch Gebildete« gibt, aber keine Wirtschafts- und Finanzrealisten. Sie wissen zwar, wie man Wirtschaft schreibt, aber haben keine Ahnung, wie Wirtschaft funktioniert.

Auch die enormen Gelder, die für landschaftsverschandelnde Windkraftträder ausgegeben wurden, wären – hätte man diese Steuergelder in Wirtschaftswachstum investiert – sinnvoller angelegt. Das einzige, was als förderungswürdig auch von uns betrachtet wird, ist die Solarenergie, die sich im Rahmen des Kosten-Nutzen-Faktors als wesentlich interessanter (im Gegensatz zu Windkraftwerken) darstellt.

Aber eines ist sicher, wer mit Steuererhöhungen wie Ökosteuer oder – wie Merkel und Stoiber – mit Erhöhung der Mehrwertsteuer die Wirtschaft und Kauf-Nachfrage anheizen will, wird keinen Wind – außer Gegenwind – ernten, aber schon gar nicht die Puste entfachen können, die wir jetzt zur Ankurbelung der Wirtschaft brauchen. Deshalb fordern wir Steuersenkungen bzw. Abschaffung der Kleinsteuern, um ein überschaubares Steuersystem zu schaffen. Das entlastet die Endverbraucher und schafft Möglichkeiten für Neuanschaffungen, kurbelt also den Binnenmarkt an.

10. Gesundheitskosten

Das Gejammer der Gesundheitsministerin und führender Sozialpolitiker zu den steigenden Gesundheitskosten ist an Heuchelei kaum noch zu überbieten. Statt zum Naheliegendsten zu greifen, nämlich der **Senkung der Mehrwertsteuer von 16 auf 7 % bei Medikamenten**, läßt man sich ständig neue Belastungen für die betroffenen Bürger einfallen, d. h. steigende Kosten bei verminderten Leistungen.

Es ist nicht einzusehen, daß auf Tiernahrung, Blumen, Bücher usw. ein verminderter Mehrwertsteuersatz erhoben wird, aber auf Medikamente der doppelte Satz. Hier gilt es Änderung und damit Kostensenkung zu schaffen. Dies entlastet sowohl die Sozialkosten als auch die Lohnnebenkosten der Betriebe. Damit könnte man die seit langem überfällige Senkung der Beiträge herbeiführen.

Fazit:

Es gibt noch eine Unmenge an Einsparmöglichkeiten im Lande, man muß nur mal alle Bereiche richtig beleuchten.

Alle diese Maßnahmen schaffen ca. 4 Millionen Arbeitsplätze, weil sie darauf ausgerichtet sind, die Belastungen für Unternehmen und Bevölkerung zu senken und damit die Wirtschaft anzukurbeln, das Steuer- und Sozialaufkommen zu erhöhen. Sie schaffen somit die Möglichkeit, die hohe Staatsverschuldung zurückzufahren, damit auch die künftige Generation wieder an eine Zukunft glauben kann.

Daß die verantwortlichen Politiker aller Parteien bisher an solchen Maßnahmen nicht arbeiten, macht deutlich, daß nicht Fachwissen sondern einzig Parteizugehörigkeit, Ideologie und Lobbyismus für die Besetzung von Mandaten zählt. Deshalb ist es an der Zeit, endlich Personen in die Parlamente zu wählen, die sich an den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes orientieren.

Unsere bisherigen Volksvertreter vertreten nicht das Volk sondern die Unternehmen, die ihnen die meisten Spenden versprechen!

4.000.000

4.000.000

4.000.000

Impressum

DIE REPUBLIKANER

Bundesverband

Bundesgeschäftsstelle
Postfach 87 02 10, 13162 Berlin

Telefon (0180) 57 37-000

Telefax (0180) 57 37-111

E-Mail: info@rep.de

Internet: www.rep.de

V.i.S.d.P.:

Monika Ewert, Johann Gärtner

4.000.000

4.000.000

4.000.000